Resolution Kreistag Trier-Saarburg

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Der Kreistag Trier-Saarburg fordert die Landesregierung und den Landtag Rheinland-Pfalz auf, durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes die Verpflichtung der Gemeinden zur Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von öffentlichen Verkehrsanlagen (Straßenausbaubeiträge) abzuschaffen.

Straßenausbaubeiträge müssen von den Gemeinden, für den Ausbau und die Unterhaltung der Gemeindestraßen sowie der Straßenbeleuchtung erhoben werden. Hiervon zu unterscheiden sind die Erschließungsbeiträge, welche dann anfallen, wenn ein Grundstück durch die erstmalige Herstellung von Straßen baulich nutzbar und damit erschlossen wird.

Die Beiträge für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsanlagen (Straßenausbaubeiträge) stellen für die Anwohnerinnen und Anwohner eine enorme Belastung dar, denn die Anlieger werden durch Einmalbeiträge oder wiederkehrende Beiträge am Ausbau der Straßen beteiligt. Der Anliegerbeitrag beträgt dann bis zu 80 % der anfallenden beitragsfähigen Kosten, abhängig von der Nutzung der Straße.

Der Kreistag Trier-Saarburg ist der Auffassung, dass der bisher von den Bürgerinnen und Bürgern zu erbringende Anteil an den Straßenausbaubeiträgen in Zukunft vom Land Rheinland-Pfalz erbracht werden muss.

Die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch entlastet, da sie in Zukunft nicht mehr an den Ausbaukosten beteiligt werden.

Der Verwaltungsaufwand für die Berechnung und Begründung der Ausbaubeiträge gegenüber den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern entfällt.

Der Freistaat Bayern und das Land Hamburg haben beschlossen, keine Straßenausbaubeiträge mehr zu erheben, in Baden-Württemberg und Berlin wurde diese noch nie erhoben.

Das Land Rheinland-Pfalz sollte sich nach Auffassung des Kreistages Trier-Saarburg ein Beispiel an diesen Ländern nehmen und in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger entlasten, in dem es ein Gesetz erlässt, das auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichtet und beinhaltet, dass das Land Rheinland-Pfalz diesen Anteil übernimmt.

Nach Auffassung des Kreistages Trier-Saarburg wäre die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein mutiger Schritt nach vorne, der zugleich die Verwaltung vor Ort, die Gerichte und die Bürgerinnen und Bürger entlastet.

Der Kostendruck auf das Wohneigentum würde dadurch gemindert. Dies kommt insbesondere Familien mit Kindern und älteren, oft alleinstehenden Menschen mit niedrigem Einkommen zu gute. Darüber hinaus wird der Erwerb von Immobilien in den Ortskernen erleichtert, wenn die Unsicherheit über zukünftig zu zahlende Ausbaubeiträge entfällt.

Zudem ist der Wegfall der Ausbaubeiträge ein wichtiger Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, wozu der Landkreis Trier-Saarburg zweifellos gehört. Es wird nämlich zunehmend schwieriger in kleineren Gemeinden Baumaßnahmen durchzuführen, bzw. hohe Kostenbelastungen für die Bürger mit oft sehr großen Grundstü-

Resolution Kreistag Trier-Saarburg

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

cken mit geringeren Grundstückswerten zu vertreten. Die Beitragslast steht zunehmend nicht mehr im Verhältnis zum Grundstückswert oder der Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner eines Hausgrundstücks. Dies ist in städtischen Bereichen anders.

Diese Thematik trifft aber auch auf die „Dauerbelastung“ bei Wiederkehrenden Beiträgen zu“.